



Ulrike Apel-Haefs neue SPD-Chefin im Rhein-Kreis



Die SPD im Rhein-Kreis Neuss hat eine neue Vorsitzende: Die Landtagsabgeordnete Ulrike Apel-Haefs aus Korschenbroich löst den Dormagener Christian Thiel-Briesen ab, der aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidierte. Apel-Haefs, auch Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, wurde jetzt im Bürgerhaus Horrem (Dormagen) von den Delegierten aller Ortsvereine gewählt. Mehr über den Kreisparteitag lesen Sie auf Seite 3.

Zuwächse bei Jüchener Sozialdemokraten

„Es hat mich immer schon gestört, dass sich in der Gemeinde Jüchen unter der Administration der CDU nicht genug bewegt hat. Schon oft dachte ich mir, dass man selbst etwas bewegen muss“, sagt Dagmar Gischler. Konsequenterweise trat sie jüngst der SPD in Jüchen bei. Mit ihrer Haltung steht sie nicht allein: Die Sozialdemokraten freuen sich über weitere neue Mitglieder. Mehr über die Eintrittswelle lesen Sie auf Seite 4.



Initiative für junge Familien

Otzenrath und Spenrath am alten Standort gibt es nicht mehr und das alte Holz bietet einen trostlosen Anblick. Aber in den neuen Orten sind Neuanfang und Leben eindrucksvoll spürbar. Die privaten und öffentlichen Grünanlagen gedeihen und nehmen Gestalt an. Sie beginnen, sich zu vernetzen. Die Straßenbaumaßnahmen sind weitgehend abgeschlossen. In diesem Frühjahr sind die Baumpflanzungen entlang den Straßen durchgeführt worden. Auch der Dorfplatz ist endlich hergerichtet. Ob er angenommen wird, muss sich zeigen.



Reiner Lange, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hochneukirch-Otzenrath und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

Es gibt aber immer noch Baulücken in Otzenrath/Spenrath und Holz. Die SPD schlägt vor, sie vorrangig jungen Familien aus den Umsiedlungsorten zur zeitnahen Bebauung anzubieten. In zweiter Linie sollten auswärtige junge Familien und erst dann Investoren im Mietwohnungsbau berücksichtigt werden. Darüber würde ich mich gerne mit Ihnen unterhalten. Sie erreichen mich telefonisch unter: 02165 - 879409 oder E-mail: reiner_lange@t-online.de.

Vor der Riesenkulisse der Kühltürme in Neurath hat die Biogas Rheinland GmbH, eine Beteiligungsgesellschaft der RWE Power AG, kürzlich eine Anlage zur Verarbeitung von Biomasse zu Biogas in Betrieb genommen. Nach einer Bauzeit von zwei Jahren und einer Investition von 2,3 Millionen Euro werden hier Energiepflanzen (Mais) von drei Landwirten der nahen Umgebung zu Strom und Wärme verarbeitet. In einem Fermenter wird durch Gärung unter Luftabschluss bei 35 bis 45° C das Biogas gewonnen, das bis zu 55 Prozent Methan enthält. Die Gärreste werden als Düngemittel auf die Felder gebracht. Ein Blockheizkraftwerk erzeugt aus dem Biogas durch Verbrennung eine Leistung von etwa 720 kW Elektrizität. So entsteht ein naturnaher Kreislauf der Energiege-

Braunkohle und Biomasse Wird eine Chance verpasst?

winnung mit einer ausgeglichenen Kohlendioxid-Bilanz. Mit der zugleich installierten Wärmeauskopplung (ca. 700 kW) erreicht die Energieausbeute in der Biomasse-Anlage einen gesamten Wirkungsgrad von ca. 90 Prozent. Davon können die Kühltürme nur träumen, die die Abwärme der Braunkohle-Verstromung in die Luft blasen. Denn dieser Prozess erreicht gerade mal einen halb so großen Wirkungsgrad. Eine Biomasse-Anlage bietet einer Flächengemeinde wie Jüchen mit

drei Viertel Ackerland und etwa hundert bäuerlichen Betrieben neue Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft. Sie erfüllt den Anspruch des Leitbildes, erneuerbare Energien zu fördern. Sie steigert den guten Ruf und die Attraktivität für Wohnen und Gewerbe in einer modernen Gemeinde. **Auf Antrag der SPD-Fraktion** beauftragte der Planungsausschuss die Gemeindeverwaltung im letzten Herbst einstimmig (!), die Rahmenbedingungen für eine Biomasse-Anlage zu erkunden.

Um das Thema endlich zu erarbeiten, legte die SPD kürzlich dem Planungsausschuss einen Ablaufplan vor und musste erleben, dass er von CDU und FDP ersatzlos abgelehnt wurde. Am liebsten wollte man von dem damaligen Beschluss nichts wissen. Man verstieg sich sogar zu der Aussage, hiermit wolle die SPD eine „sozialistische Planwirtschaft“ einführen. Was haben die Herren nur für eine Vorstellung von Planung in der freien Wirtschaft !!?

Das versteht die SPD unter einer **aktiven Wirtschaftsförderung**: Es werden die Rahmenbedingungen für ein Projekt erkundet. Es werden die Interessenten zusammengebracht. Es wird eine Angebotskonzeption entwickelt, um sich damit auf die Suche nach Investoren zu begeben. So oder ähnlich machen es in Deutschland alle erfolgreichen Kommunen. Aber die CDU-Fraktion lehnt ab: Das sei nicht Aufgabe der Gemeinde!?

Glauben Sie das auch?



Konzern Kommune - der Abschied von der Küchenpolitik

Die Gemeindeordnung ist das Regelwerk für die kommunale Selbstverwaltung. Seit Beginn der 90er Jahre wurde sie reformiert. Die **aktive Bürgerkommune** wurde verkündet, in der Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen und Leistungen groß geschrieben wird.

Moderne Gemeinde

Ein „Neues Steuerungsmodell“ wurde für die Verwaltung ersonnen, das Eigenverantwortlichkeit, Bürgerfreundlichkeit und Leistungsorientierung verstärken soll. Die Tätigkeit der Verwaltung wurde in allen Bereichen unter das Gebot der Wirtschaftlichkeit gestellt. Neue Strukturen für dienstleistende Betriebe wurden erdacht. Die notwendige Transparenz und das Controlling der Kosten und Geldflüsse in der Gemeindeverwaltung wurden im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) hergestellt. Das Bild vom „Konzern Kommune“ entstand, in dem die Ver-

waltung ihre Betriebe wirtschaftlich steuert, administrative Dienstleistung anbietet, Planungen entwickelt und Beschlüsse umsetzt. Für den modernen Rat werden Standortmarketing, Aufgabenkritik und Eigenkapital zu geläufigen Begriffen, mit denen er Strategien formuliert und Initiativen entwickelt, Beschlüsse fasst und ihre Ausführung kontrolliert. Das verlangt auch vom Rat mehr Sachkompetenz und moderne Wege der Entscheidungsfindung.

Das ist etwas anderes, als die überwiegend auf Einzelinteressen und Wählergruppen abgestellte „Küchenpolitik“ der Vergangenheit, die über Folgekosten kaum nachdachte und den Verbrauch an Ressourcen nicht verfolgen konnte. Die berechtigten **Wünsche der Bürgerschaft** geraten aber nun keineswegs unter die betriebswirtschaftlichen Räder. Im Gegenteil, sie behalten erste Priorität. Sie werden endlich auch nach ihren wirtschaftlichen Bedingungen und der Leistungsfähigkeit der Gemeinde eingeschätzt und gesteuert. Das erst sichert auf Dauer eine optimale und kostengünstige Versorgung.

Es wird höchste Zeit, dass die Gemeindeordnung auch in Jüchen effizient umgesetzt wird

Ende der Verschuldungspolitik

Die SPD sucht nach keinem „Schuldigen“ für die desolante Haushaltssituation, sondern nach einem Ausweg. Es ist **im Interesse jedes Bürgers**: Die Schulden können nicht weiter aufgetürmt und in die Zukunft verschoben werden. Die Verwaltung bekam nach vielen Monaten verlorener Zeit, in denen die absolute Ratsmehrheit „nicht hü und nicht holt“ wusste, endlich den Auftrag, die Pläne zur Entschuldung der Gemeinde zu erarbeiten. Eine Gesamtaufstellung aller finanziellen Optionen wird entscheidungsneutral zusammengetragen

(„Schmerzliste“): Konsumtive Ausgaben müssen abgebaut werden. Initiativen zur Einnahmeverbesserung werden verstärkt. Letztlich sollen ein ausgeglichener Haushalt und der Verkauf von Gemeindevermögen den Schulden dienst erwirtschaften für die getätigten Zukunftsinvestitionen. Das entspricht vollkommen den von der CDU im Gemeinderat abgelehnten Vorschlägen der SPD, weil es praktisch gar nicht anders geht. Und es lässt Raum für ein angepasstes Vorgehen, wenn die Steuerquellen munterer sprudeln sollten.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen stellt fest: Trotz verbesserter Steuereinnahmen bleibt die Finanzlage der Kommunen bedrohlich. Auch für Jüchen steigt das **Haushaltsdefizit** weiter. Dabei ist die derzeitige mittelfristige Haushaltsplanung nicht besser als ein Würfel von Hausnummern. War im Plan 2006 noch ein Defizit von 3 Millionen Euro für 2008 angesetzt, so sagt der Plan 2007 für 2008 schon ein Defizit von 6,8 Millionen Euro voraus. Auch die Aufnahme kurzfristiger Kassenkredite soll weiter steigen. Sie wird für 2007 ungefähr 17 Mio Euro betragen und in 2010 etwa 34 Mio Euro erreichen, wenn nicht gegengesteuert wird. Nach ersten Beruhigungsparolen wie „Schwarzmalerei“ beschloss die CDU nun, bei den Sachausgaben der Verwaltung pauschal jährlich 120.000 Euro einzusparen. Phantastisch! Die Zinsen allein für die Kassenkredite 2007 liegen bei 350.000 Euro.

SPD Jüchen: Haushalt abgelehnt

Das **Eigenkapital der Gemeinde** ist nach fünf oder ein paar mehr Jahren verbraucht, wenn es so weitergeht wie bisher. Dann ist die Gemeinde überschuldet, was nach Paragraph 75 der Gemeindeordnung unzulässig ist. Na und? Was geschieht danach? Die Bürgermeisterin zuckt die Achseln. Vermutlich werden dann die Jüchener Straßen, Abwasserkanäle, Bürgerhäuser und Sportplätze den Banken gehören oder an Investoren verkauft. Diese bieten dann ihre Dienstleistung nach eigener Gewinnrechnung den Benutzern an. Aber eine kosten deckende Entgeltrechnung könnte die Bürgerschaft, wenn nichts anderes hilft, auch jetzt schon haben und sich dadurch das Gemeindevermögen erhalten.

Jüchen muss die Wende packen!

Haushaltsrede im Internet www.spd-juechen.de



Kurt Bodewig, neuer Präsident der Deutschen Verkehrswacht

„Verkehrssicherheit geht uns alle an“

Kurt Bodewig ist Präsident der Verkehrswacht

Der Bundestagsabgeordnete Kurt Bodewig ist seit wenigen Wochen neuer Präsident der Deutschen Verkehrswacht. Auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes in Friedrichshafen wurde er mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten gewählt. Die Redaktionspraxis mit Kurt Bodewig über seine neue Aufgabe.

Kurt Bodewig: „Die Deutsche Verkehrswacht besteht als gemeinnütziger Verein seit über 80 Jahren, es ist eigentlich die älteste Bürgerinitiative Deutschlands mit über 600 Verkehrswachten und 70.000 ehrenamtlichen Aktiven, die sich Tag für Tag für die Verbesserung der Verkehrssicherheit in Deutschland einsetzen. Schülerlotsen kennt jeder, sie sind sichtbares Zeichen der Arbeit der Deutschen Verkehrswacht. Darüber hinaus gibt es noch viel zu tun. Obwohl die

Kurt Bodewig: „Ja, null Promille für Fahranfänger ist ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit für junge Fahrer. Gerade junge Menschen brauchen klare Regeln zur Orientierung. Mit der Null-Promille-Regelung ist der Bundestag diesem Wunsch nach Klarheit nachgekommen und leistet zugleich einen direkten und ganz konkreten Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Vor allem bei jungen Fahrern sind alkoholbedingte Unfälle ein ernsthaftes Problem. Die fehlende Routine beim Autofahren, ein Mangel an Erfahrung, Risikofreude und eine Überschätzung des eigenen Könnens bilden das spezifische Gefahrenpotenzial von Fahranfängern.“

„Für mich gilt: Jeder Tote und jeder Verletzte im Straßenverkehr ist ein Unfallopfer zu viel.“

Zahl der Unfallopfer rückläufig ist, sind im Jahr 2006 in Deutschland mehr als 5000 Menschen im Straßenverkehr ums Leben gekommen. Das heißt, dass jeden Tag 14 Menschen tödlich verunglückt sind. Die Verkehrswacht informiert und trainiert Verkehrsteilnehmer der verschiedenen Zielgruppen, Jung und Alt eben so wie Fußgänger, Motorrad- und Autofahrer. Im Jahr kommen da über 6000 Veranstaltungen zusammen.

Zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl. Warum haben Sie sich denn bereit erklärt, für den Vorsitz der Verkehrswacht zu kandidieren?

Kurt Bodewig: „Verkehrssicherheit geht jeden an – jeden von uns als Verkehrsteilnehmer und die gesamte Gesellschaft. Als Bundesverkehrsminister habe ich das erste integrierte Verkehrssicherheitskonzept in Deutschland auf den Weg gebracht, deshalb habe ich dieses ehrenvolle Amt gerne angenommen. Für mich gilt: Jeder Tote und jeder Verletzte im Straßenverkehr ist ein Unfallopfer zu viel. Als Präsident der Deutschen Verkehrswacht möchte ich einen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu leisten. Es ist wichtig, dass die Deutsche Verkehrswacht auch in Zukunft die notwendige Ausstattung hat, um ihre vielfältigen Aufgaben gut erfüllen zu können. Dafür werde ich mich sowohl in NRW als auch auf Bundesebene einsetzen.“

Welche Aufgaben hat sich die Deutsche Verkehrswacht auf ihre Fahne geschrieben?

Trägt das jetzt beschlossene Alkoholverbot für Fahranfänger zur Verkehrssicherheit bei?

Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg im neuen Ehrenamt.

Perspektiven für berufliche Bildung

SPD-Parteitag beschließt umfassenden Antrag

Im Rhein-Kreis Neuss wurden Ende 2006 ca. 3500 Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen in den Berufsbildungszentren beschult. Hinzu kommen ca. 650 Jugendliche, die keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle haben und keine schulische Maßnahmen besuchen. Insgesamt sind also 4150 Jugendliche entweder in einer Warteschleife oder in einer noch hoffnungsloseren Situation. Auf's Land hochgerechnet oder bundesweit dürften über 500.000 Jugendliche in einer vergleichbaren prekären Situation sein. Die SPD hat deshalb auf ihrem Parteitag einen umfassenden Antrag zu den „Perspektiven für die berufliche Bildung“ beschlossen: „Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass die Jugendlichen eigentlich nicht gebraucht werden oder nicht

gut genug sind. Die Chance einen Berufsabschluss zu erhalten muss vom Markt abgekoppelt werden. Die kurzfristigen ökonomischen Interessen des Marktes grenzen zu viele Menschen bereits am Anfang aus.“

Privat vor Staat, das produziert hier eine katastrophale Situation

Privat vor Staat, das produziert hier eine katastrophale Situation“, heißt es in der Begründung zum elf Theesen umfassenden Antrag. Letztlich sei es auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, das Berufsbildungssystem weiterzuentwickeln. Sozialdemokratische Bildungspolitik müsse auch für die berufliche Bildung Zukunftsperspekti-

ven aufzeigen, die dem aktuellen Missverhältnis von Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen aber auch den strukturellen Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung trägt. Gerade auch die Europäisierung der Berufsbildung (EQR) bietet hier eine Chance über unser Bildungssystem gründlich nachzudenken.

Aktuell müsse deutlicher und wirksamer auf die Angebotslücke bzw. die Warteschlange in den Übergangsmaßnahmen (Berufsvorbereitungsprogramme) reagiert werden. Zwar gebe es zahlreiche Programme und Initiativen, Jugendliche in Jobs und Ausbildung zu bringen. „Aber diese reichen offensichtlich nicht aus.“

Die Zahlen sprechen eine klare und ernüchternde Sprache: Im Übergangssystem befinden sich mit 40 Prozent der Neuzugänge für berufliche Bildung fast ebenso viele wie im dualen Ausbildungssystem mit 43 Prozent. In den Berufsfachschulen und berufsvorbereitenden Maßnahmen erfahren die Jugendlichen aber eine Bildung, die keinen Abschluss vermittelt. Eine aktuelle Forderung müsse daher sein, auch im Übergangsbereich abschlussbezogene Bildung zu organisieren.

Die SPD stellt fest: „Um dem Mangel an Ausbildungsangeboten aktuell wirksamer zu begegnen kann beim Übergangssystem angesetzt werden. Statt weiter Warteschlangen zu bilden können hier auch Ausbildungsperspektiven eröffnet werden. Denkbar wären zum Beispiel regionale Bildungskonferenzen (etwa im Bereich der Regierungspräsidien) um die Akteure der beruflichen Bildung verbindlich zu einer Ausbildungsangebotsplanung zusammenzuführen. Die Berufsbildungszentren/-kollegs, Ausbildungswerkstätten, Bildungsträger, die Kammern müssen ein abschlussbezogenes regionales Ausbildungsprogramm organisieren, dass die Lücke zwischen den Angeboten des Dualen Systems und den schulischen Berufen sowie der aktuellen Nachfrage sowie der Warteschleife schließt.“ Die Berufsbildungszentren könnten zu Kompetenzzentren weiterentwickelt werden. Fördergelder, die bisher für die zahlreichen Übergangs- und Betreuungsprogramme ausgegeben wurden, könnten gebündelt und gezielt eingesetzt eine finanzielle Grundlagen bilden.

Interessante Eindrücke für Schüler beim Berlin-Besuch

Ein Einblick in die Arbeit des SPD-Bundestagsabgeordneten Kurt Bodewig gewannen Schüler der Mosaikschule Grevenbroich bei ihrem Besuch in Berlin. Auf einer sechstägigen Klassenfahrt in die Hauptstadt konnten die neun Schüler der Schule mit dem Förderlehrer Cläre Flaß und Kirsten Schaaf-Hufschmidt zahlreiche Eindrücke in Berlin sammeln. Das Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Kurt Bodewig und die Besichtigung der Reichstagskuppel gehörten zu den Höhepunkten der Reise. Die Schüler hatten eine Reihe von Fragen zur Person Kurt Bodewigs und seinen Aufgaben als Abgeordneter mitgebracht. Kurt Bodewig war beeindruckt von den engagierten Schülern und würdigte insbesondere die Schülerzeitung

„Prima“ der Mosaikschule, die die Schüler ihm überreichten. Die Schüler wendeten sich mit der Bitte um Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz außerhalb der Werkstatt an Kurt Bodewig. Dies würde für einige Schulabgänger der Mosaik-Schule eine gute Chance zur Integration in die Gesellschaft bedeuten. Bodewig lobte das besondere Ziel der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Mosaikschule und unterstrich damit die besonderen Anforderungen an das Bildungssystem. Er appellierte auch an die Arbeitgeber in Grevenbroich zu prüfen, ob nicht dem einen oder anderen Schüler eine Perspektive eines regulären einfach strukturierten Arbeitsplatzes angeboten werden kann. „Die Fähigkeiten sind bei den Schülern sehr unterschiedlich entwickelt, so dass für

Einzelne auch eine Anstellung außerhalb der Werkstätten denkbar ist“, so Bodewig. „Die Mosaikschule in Hemmerden versucht, die individuelle Förderung der Schüler in den Vordergrund zu stellen. Bildung muss dabei den Stellenwert bekommen, den sie verdient. Mit dem Abschluss der Schule werden für die Jugendlichen die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt. Gerade behinderten Jugendlichen eröffnet der Zugang zu einer qualifizierten beruflichen Ausbildung und Beschäftigung Lebensperspektiven und ist eine wichtige Voraussetzung für die soziale Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben. Die Arbeitgeber des Kreises sollten diesen Schülern daher eine berufliche Chance geben“, erklärte der Bundestagsabgeordnete und frühere Vorsitzende der SPD im Rhein-Kreis Neuss.



Bernd Scheelen MdB, Leiter der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, diskutiert zusammen mit Ingrid Arndt-Brauer MdB, stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

Die große Herausforderung heißt demografischer Wandel

Nicht nur Experten aus Wissenschaft und Politik diskutierten über die vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels. Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ wurden 25 Projekte präsentiert, wie man diese Aufgabe gestaltend und konstruktiv begleiten kann. Bernd Scheelen, der Bundestagsabgeordnete für Krefeld und einen Teil des Rhein-Kreises ist sich sicher, dass die zahlreichen Anregungen helfen, sich vor Ort mit den verschiedenen Gesichtspunkten auseinanderzusetzen. Als Leiter der Arbeitsgemein-

schaft Kommunalpolitik und Mitinitiator der Konferenz stimmt er dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck zu, der es plastisch ausdrückte: „Wir können die Verantwortung der vor uns liegenden Veränderungen unserer Gesellschaft nicht wie Wolken hin und her schieben. Die Lösung von immer deutlicher auftretenden Fragen in Verbindung mit der Demografie sind neben der Globalisierung eine unserer wichtigsten Anliegen.“ Die Veranstaltungsbroschüre „Mit guten Beispielen voran“ ist unter www.spdfraktion.de abrufbar.



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Kurt Bodewig mit den Lehrern und Schülern der Mosaikschule beim Besuch im Berliner Reichstagsgebäude

„Gemessen, gewogen und für zu leicht befunden“

Heftige Kritik an Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung

Ulrike Apel-Haefs und Dr. Fritz Behrens, die beiden SPD-Landtagsabgeordneten für den Rhein-Kreis-Neuss, zogen jetzt in einem Pressegespräch eine kritische Bilanz der bisherigen Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung. Dabei beleuchteten sie verschiedene wichtige Politikfelder.

So hätten die Ergebnisse von PISA gezeigt, dass ein Umdenken in der Bildungspolitik unerlässlich sei. Statt die Bildungschancen bereits für Schulkinder zu steigern, werde die Durchlässigkeit des Schulsystems nach oben systematisch verbaut. Im Sinne von mehr Chancengerechtigkeit sei es aber notwendig, dass Kinder länger gemeinsam lernten, statt ihre Zukunft schon nach der 4. Klasse zu zementieren“, kritisierte Apel-Haefs das neue Schulgesetz der Landesregierung. Durch die Einführung von Studiengebühren werde zudem Bildung wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Dies gefährde die Aufstiegschancen einer ganzen Generation und

sei ein dramatischer Schritt zurück in der Bildungspolitik.

Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz), durch das die frühkindliche Bildung gefördert werden solle, bleibe weit hinter bereits bestehenden Regelungen zurück und ziehe nur Mehrarbeit der Erzieherinnen mit sich. Außerdem würden die Bürger durch einen festgeschriebenen Elternanteil von 19 Prozent der Kosten stärker belastet als bislang. Apel-Haefs: „Statt dringend benötigte Gelder in die Hand zu nehmen, trifft der Rotstift der Landesregierung wieder einmal diejenigen am härtesten, die Hilfe am dringendsten brauchen: Kinder und Menschen mit geringem Einkommen!“

Auch die Sanierung der öffentlichen Finanzen bleibe weit hinter den Ankündigungen zurück. „Dem ‚Eisernen Helm‘ fallen die Steuermehreinnahmen wie reife Früchte in den Schoß, dennoch bleibt eine richtige Konsolidierung aus“, so Dr. Fritz Behrens in Anspielung an Minister Linssen. Die drohende Privatisierung der Sparkassen durch die Reform des Sparkassengesetzes belege die fehlende Durchsetzungsfähigkeit der CDU gegenüber der FDP. „Ein verheerendes Signal“, so Apel-Haefs.

Es sei eindeutig feststellbar, dass die CDU dem kleinen Koalitionspartner auf den Leim gegangen sei und dessen „Privat vor Staat-Ideologie“ verinnerlicht habe. „Die geplante Änderung des Gemeindefinanzrechts gefährdet die Existenz kommunaler Unternehmen“, sind sich Apel-Haefs und Dr. Behrens einig. Dies werde auch von dem meisten CDU-Kommunalpolitikern so gesehen, diese würden aber von der CDU-Führung in dieser Frage untergebetet um des lieben Koalitionsfriedens willen.

Zudem werde der Kommunalpolitik mit der Änderung der Gemeindeordnung ein Bärendienst erwiesen. Die Folge der Abkoppelung der Bürgermeisterwahl von der Stadtratswahl Sorge für eine geringere Wahlbeteiligung. Hierdurch werde die Legitimation künftiger Amtsträger eingeschränkt. Die geplante Abschaffung der Stichwahl höhle den Grundgedanken der Demokratie aus und sei skandalös, brachte es Ulrike Apel-Haefs auf den Punkt.

Für die Reformvorhaben des FDP-Innenministers Wolf hatte sein Amtsvorgänger Dr. Fritz Behrens ebenfalls kein Lob übrig. „Das sogenannte Personaleinsatzmanagement (PEM) ist ein Treppenwitz. Um die Landesbediensteten effizienter einzusetzen und langfristig Stellen einzusparen wird zuerst eine Behörde mit zusätzlichen 180 Mitarbeitern ins Leben gerufen.“ Und die angebliche Polizeireform sei schlichtweg ein Fehlkonzept, bemängelt der ehemalige Landesinnenminister.

Auch auf den Politikfeldern Kultur und Sport sei, so Behrens, die Bilanz der Landesregierung mehr als mager. Der Ministerpräsident werde seinem eigenen Anspruch, der eigentliche Kulturminister zu sein, nicht gerecht. Bislang sei er auf keiner einzigen Sitzung des Kulturausschusses gesichtet worden. Für die aktuellen Probleme der Sportförderung, die nach dem Rückzug von wichtigen Sponsoren (Bayer) und den finanziellen Einbußen bei der Sportstiftung NRW akut gefährdet sei, habe die Koalition kein Konzept. Die Dopingproblematik blende der zuständige Minister Wolf gänzlich aus.

Im übrigen inszeniere sich die Regierung Rüttgers als eine Regierung der sozialen Verantwortung, genüge diesem Anspruch aber keineswegs. Es würden soziale Versprechungen gemacht, die man aber nicht einhalte, getreu dem Motto: „Links blinken, rechts handeln“. Auf jeden Fall seien Jürgen Rüttgers, so die beiden SPD-Abgeordneten aus dem Rhein-Kreis Neuss, die Schuhe von Johannes Rau nach wie vor einige Nummern zu groß. Die insgesamt dürftige Bilanz nach zwei Jahren lasse sich so zusammenfassen: „Gemessen, gewogen und für zu leicht befunden.“

ger eingeschränkt. Die geplante Abschaffung der Stichwahl höhle den Grundgedanken der Demokratie aus und sei skandalös, brachte es Ulrike Apel-Haefs auf den Punkt.

Für die Reformvorhaben des FDP-Innenministers Wolf hatte sein Amtsvorgänger Dr. Fritz Behrens ebenfalls kein Lob übrig. „Das sogenannte Personaleinsatzmanagement (PEM) ist ein Treppenwitz. Um die Landesbediensteten effizienter einzusetzen und langfristig Stellen einzusparen wird zuerst eine Behörde mit zusätzlichen 180 Mitarbeitern ins Leben gerufen.“ Und die angebliche Polizeireform sei schlichtweg ein Fehlkonzept, bemängelt der ehemalige Landesinnenminister.



Ulrike Apel-Haefs ist die neue Vorsitzende der SPD im Rhein-Kreis Neuss und löst Christian Thiel-Briesen ab

„Wir müssen die Themen besetzen“

In ihrer Vorstellungsrede auf dem Kreisparteitag ging Ulrike Apel-Haefs auf zahlreiche aktuelle Themen ein. Nachfolgend lesen Sie Auszüge aus der Rede.

„Die vergangenen zwei Jahre waren relativ ruhige Jahre ohne Wahlkämpfe. Das hat Gelegenheit geboten, sich mehr mit Grundsatzfragen aber auch mit der Binnenstruktur unserer Kreispartei zu befassen, als das in hektischen Wahlkampfzeiten möglich ist. Dass das Bedürfnis nach inhaltlicher Diskussion sehr groß war und immer noch ist, zeigt das große Engagement, mit dem in Ortsvereinen und Stadtverbänden über das neue Grundsatzprogramm diskutiert wird.“

Mit dieser Ruhe wird es bald vorbei sein: 2009 haben wir Europawahl, Kommunalwahl und Bundestagswahl, 2010 folgt dann die Landtagswahl. Für all diese Wahlen müssen wir Wähler mobilisieren, Mitglieder motivieren, Themen besetzen und auch vermitteln und persönliche Entscheidungen treffen...

...Wenn ich mir die Zusammensetzung des Kreisvorstandes ansehe, so wie er heute zur Wahl steht, da sind viele dabei, die in ihrer Kommune ebenfalls entscheidende Verantwortung tragen – das ist eine gute Voraussetzung für eine enge Zusammenarbeit...

...Woran liegt es, dass unsere Ideen, unsere Überzeugungen derzeit populärer sind als wir - die Sozialdemokraten - selber? Ich teile hier die Meinung vieler Analysten, dass die SPD momentan in die Zange genommen wird von dem gnadenlosen Populismus der Linken, befeuert von der narzisstischen Rachsucht eines Oskar Lafontaines einerseits und einer in der großen Koalition gezähmten CDU, die darüber hinaus – zumindest derzeit – zusätzlich von dem Kanzlerinnenbonus profitiert.

Liegt es nicht auch daran, dass es uns nicht in ausreichendem Maße gelingt, deutlich zu machen, wer, wenn es um die Begriffe Solidarität, soziale Gerechtigkeit, um Chancen-

gleichheit geht, das Original ist und wer die schlechte Kopie? Selbst die FDP hat jetzt verkündet, sie wolle ihr sozialpolitisches Profil schärfen – da muss ich allerdings immer an den Vergleich mit dem Hund denken, den man zum Vegetarier machen will!“

Zur Person

Ulrike Apel-Haefs

Persönliches:

- Geboren am 31. Januar 1952 in Schmalkalden / Thüringen
- Schulbesuch bis zum Abitur in Mönchengladbach-Rheydt
- Studium der Fächer Germanistik und Geschichte in Düsseldorf
- Nach dem Examen Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut in Düsseldorf
- Mit der Familie wohnhaft in Korschenbroich

Politischer Werdegang:

- Seit 1981 Mitglied der SPD
- Mitarbeit auf Ortsvereins- und Stadtverbandsebene in Korschenbroich
- Schatzmeisterin des Kreisverbandes der SPD Rhein-Kreis Neuss
- Seit 1989 Mitglied des Kreistages Rhein-Kreis Neuss
- Derzeit dort Fraktionsvorsitzende und 2. Stellv. Landrätin
- Von 1999–2000 Mitglied des Landtages NRW
- Seit 2005 erneut Mitglied des Landtages NRW
- Mitglied des Hauptausschusses und des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie



Ulrike Apel-Haefs und Fritz Behrens mit SPD-Generalsekretär Hubertus Heil (2. r.) und Christian Thiel-Briesen (links) beim 1. Mitgliederkonvent der SPD in Neuss

Land NRW kippt das Problem den Kommunen vor die Füße

Besorgt sehen die Städte und Gemeinden im Kreis Neuss in diesen Tagen nach Düsseldorf. Der weitere Ausbau der Offenen Tagungsgrundschulen droht ins Stocken zu kommen, da sich Bildungsministerin Sommer offenbar schwer verschätzt hat. In vielen Städten war der weitere Ausbau von Grundschulen für den Ganztags nach den Richtlinien des Ministeriums geplant worden.

Jetzt drohen empfindliche Kürzungen bei den Zuschüssen. Der Topf von vier Milliarden Euro, den noch die Rot-Grüne Bundesregierung eingerichtet hatte und aus dem bislang 90 Prozent der erforderlichen Kosten finanziert wurden, geht zur Neige und beschert den Städten große Finanzierungslücken. So fehlen in Grevenbroich voraussichtlich 133.000 Euro, in Dormagen sind es 310.000 Euro und die Stadt Neuss rechnet mit einem Ausfall von 700.000 Euro. Dass der Finanzminister mit den unerwartet hohen Steuereinnahmen – in diesem Jahr immerhin fast 1,5 Milliarden Euro – einspringen wird, ist nicht zu erwarten. Und so hat die Landesregierung das Problem wieder den ohnehin gebeutelten Kommunen vor die Füße gekippt.

Probleme drohen den Städten, Eltern und Kindern auch durch das kürzlich von der Landesregierung vorgelegte neue Gesetz zur Finanzierung der Kindergärten. Durch die nach dem Willen der Landesregierung einzuführenden „Kindpauschalen“ geraten insbesondere kleinere Kindertageseinrichtungen in massive Finanznöte.

Erste Berechnungen des Dormagener Jugendamtes haben ergeben, dass die Stadt bei unverändertem Angebot künftig gut 300.000 Euro mehr zahlen muss. In Städten mit Haushaltssicherungskonzepten drohen dadurch deutliche Erhöhungen der Elternbeiträge, die von der Kommunalaufsicht des Landes rigoros durchgesetzt werden. Für den dringend erforderlichen weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder bleibt kaum noch Raum. Der Jugendhilfeausschuss in Dormagen hat deshalb vom Landtag in einer einstimmig verabschiedeten Resolution eine deutliche Änderung des Gesetzes gefordert. Um die Vielfalt der unterschiedlichen Träger und pädagogischen Konzepte auch künftig sichern zu können, sollen die pauschalen Finanzierungsanteile des Landes den

örtlichen Jugendämtern zugewiesen werden, die dann die Verteilung regeln.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Christiana Kemmerling, Leiterin einer gerade vom Land als muster-gültiges „Familienzentrum“ ausgezeichneten Tageseinrichtung, ist sich sicher, dass eine Verbesserung der örtlichen Steuerungsverantwortung Qualität und Ausbau der Tageseinrichtungen deutlich besser gewährleistet, als ein neues bürokratisches Gesetz aus Düsseldorf.

Von A wie Alef bis T wie Tesmann

Die SPD im Rhein-Kreis Neuss hat kurz vor den Sommerferien einen neuen Vorstand gewählt. Auf ihrem Kreisparteitag im Bürgerhaus Dormagen-Horrem wählten die Delegierten die Korschenbroicherin Ulrike Apel-Haefs zur Vorsitzenden. Die Landtagsabgeordnete löst den Dormagener Christian Thiel-Briesen ab, der nach zwei Jahren an der Spitze des Kreisverbandes aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidierte.

Zwei Frauen und ein Mann sind stellvertretende Vorsitzende: Hil-



Jürgen Alef ist neuer Schatzmeister der SPD im Kreis

degard Haas (Rommerskirchen), Gertrud Servos (Neuss) und Klaus Krützen (Grevenbroich). Da Ulrike Apel-Haefs zuvor für die Kasse der Partei zuständig war, wurde mit dem Dormagener Jürgen Alef ein geeigneter Nachfolger gefunden. Er war ehemals Kämmerer der Stadt Dormagen. Den geschäftsführenden Vorstand komplettiert Reiner Breuer. Der Neusser hat das Amt des Schriftführers übernommen.

13 Beisitzer gehören darüber hinaus dem Gremium an: Walter Balzereit, Heidemarie Schreyeck

und Refina Musagic aus Grevenbroich, Arno Jansen, Bruno Hommes und Rosi Jost aus Neuss, Regina Nawrot und Michael Dries aus Dormagen, Marion Gnörich-Spelter und Lutz Langer aus Kaarst, Bernd Kehrberg und Frederik Eiklenborg aus Meerbusch sowie Dr. Holger Tesmann (Jüchen).

Aus Zeitgründen wurden verschiedene Anträge im Rahmen der Programmdebatte vertagt. Die Versammlung beschloss, unmittelbar nach den Sommerferien einen Sonderparteitag durchzuführen.

RHEIN-KREIS-NEUSS Impressum

Herausgeber:

SPD - Kreisverband Rhein-Kreis Neuss, SPD Dormagen, SPD Jüchen, SPD Grevenbroich, SPD Korschenbroich

c/o Willy-Brandt-Haus, Platz der Republik 11, 41515 Grevenbroich
Herstellung: MFM Facility Management GmbH, Heerstr.17, 41542 Dormagen

Redaktion: Rainer Thiel (v.i.S.d.P.), Detlev Zenk, Martina Suermann, Robert Krumben, Klaus Krützen, Albert Richter, Holger Tesmann.

Druck: Joh. Heider Druck GmbH Paffrather Straße 102-116 51465 Bergisch Gladbach

© alle Urheberrechte beim Herausgeber.

Neue Mitglieder bei den Jüchener Sozialdemokraten

Warum ich mich in der SPD engagiere ...



Name: **Dagmar Gischler**
Alter: 52 Jahre
Beruf: ARGE-Mitarbeiterin
Ortschaft: Hochneukirchen

„Es hat mich immer schon gestört, dass sich in der Gemeinde Jüchen unter der Administration der CDU nicht genug bewegt hat.“

Schon oft dachte ich mir, dass man selbst etwas bewegen muss.

So bin ich in die SPD eingetreten, für mich die einzig denkbare Wahl. Nun kann ich selbst mit Tatkraft und Sachkompetenz meine Überzeugungen vertreten. Ich interessiere mich besonders für die Themenbereiche Wirtschaftsförderung, Jugend, städtische Entwicklung sowie Recht und Ordnung.“



Name: **Dagmar Kaisers**
Alter: 45 Jahre
Beruf: kaufm. Angestellte (Graveurin)
Ortschaft: Jüchen

„Ich bin verheiratet und berufstätig. Meine erwachsene Tochter ist aus dem Haus. Über Politik nur zu meckern, bringt einen nicht weiter. Um meine Änderungswünsche zu erreichen, will ich mich aktiv an der Politik beteiligen.“



Name: **Dominik Drießen**
Alter: 19 Jahre
Beruf: Schüler, Berufziel+: Jurist
Ortschaft: Gierath

„Bei den Sozialdemokraten spricht mich der soziale Aspekt im Vergleich zu den anderen großen Parteien am meisten an. Nach der verlorenen Landtagswahl 2005 war für mich klar, dass ich politisch anpacken muss.“



Name: **Oliver Altendorf**
Alter: 38 Jahre
Beruf: Selbst. IT-Dienstleister
Ortschaft: Schaan

„Eine Demokratie ist die Herrschaft des Demos, des Bürgers. Nimmt dieser seine Pflicht nicht wahr, sich an den Entscheidungen seiner Gesellschaft zu beteiligen, öffnet er der Diktatur Tür und Tor. So versuche ich hier, meinen Teil zur Erhaltung unserer Demokratie und ihrer Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung und soziale Sicherheit beizutragen.“

... und ein altes Mitglied 50 Jahre Sozialdemokrat Waldemar Hoepfner

Jahrgang 1931 und in den Kriegstrümmern aufgewachsen, lernt er Bergmann und arbeitet ab 1950 als Drahtzieher bei den Kloeckner-Werken in Düsseldorf. Die sozialen Verhältnisse in Lebens- und Arbeitswelt werden



im Bungalow-Stil entstanden. Anfang der 70er ist er vom SPD-Ortsverein Gierath kurzzeitig Ratsmitglied der damaligen Gemeinde. Aber seine Freizeit widmet er neben Familie und politischer Anteilnahme vor allem dem Sport.

zur bestimmenden Erfahrung. Auf dem Tiefpunkt der SPD (Kanzler Adenauer gewinnt 1957 die absolute Mehrheit) tritt er in die SPD ein, eine Entscheidung fürs Leben. Sechs Jahre ist er Betriebsrat, macht 1960 seinen Meister, übernimmt die Arbeitsvorbereitung im Werk. Ab 1975 bei den VKW-Babcock ist er Leiter der Materialbereitstellung bis zum Ruhestand 1990.

Mit seiner Frau Katja zieht er sechs Kinder auf. „Kindergeld? Gab's damals nicht. Wer Vater wurde, bekam vom Arbeitgeber 2 Pfennige pro Stunde mehr Lohn.“ Seit 1968 lebt er mit seiner Familie in Gierath. Im Broicher Kaul ist fast ausschließlich in Eigenleistung im organisatorischen Rahmen eines Siedler-Zweckverbandes ein Haus

Er konzentriert sich auf wenig und das total, ohne sich durch vorübergehendes Ungemach beirren zu lassen. Seit 1970 ist er im TV Bedburdyck (heute aufgegangen in Rot-Weiß Gierath 48/63) für 35 Jahre sportlicher Übungsleiter, für 30 Jahre Schatzmeister, auch 2. Vorsitzender und zuletzt und immer noch seit 12 Jahren Übungsleiter einer gemischten Gruppe für „Sport der Älteren“.

Treue zur politischen Überzeugung und Partei („links ist sozial“) und ehrenamtlichen Einsatz für die gewählte Sportgemeinschaft ein Leben lang: Das ehren die Jüchener Sozialdemokraten mit der Überreichung der **Willy-Brandt-Gedächtnismünze** an Waldemar Hoepfner.



Name: **Heinz Josef Esser**
Alter: 62 Jahre
Beruf: Einzelhandelskaufmann
Ortschaft: Gierath

„Im Ruhestand finde ich jetzt endlich die notwendige Zeit, mich um die Belange meiner Gemeinde zu kümmern. Der soziale Zusammenhalt liegt mir sehr am Herzen. Unmittelbarer Auslöser für meinen Parteieintritt war der Irak-Krieg. Dass Kanzler Schröder hier für Deutschland der amerikanischen Regierung direkt entgegen getreten ist und eine Beteiligung abgelehnt hat, hat mich stolz gemacht.“

Bürgerbeteiligung

Wie finden Interessierte im Ausschuss Gehör?

Immer wieder wollen betroffene Bürgerinnen und Bürger ihr Anliegen, das in einem Ausschuss verhandelt wird, selbst vertreten. So war es jüngst in der Frage eines weiteren Zugangs zum Friedhof Bedburdyck, zuvor beim Straßenendausbau der Pommernstraße oder noch früher bei der Sanierung der Birkenstraße. Jedes Mal wurde vom CDU-Sprecher fälschlich behauptet, das ginge nicht, das sähe die Gemeindeordnung nicht vor. Und nur, wenn die Bürger hartnäckig auf ihrem Verlangen bestanden, ließ sich der Ausschuss durch Beschluss herbei, seine Sitzung kurz zu unterbrechen und die Bürger anzuhören. Für eine aktive Bürgerkommune ist dies eine unwürdige Behandlung des Bürgers als Bittsteller. Dabei sagt die Gemeindeordnung klipp und klar (Paragraf 58 Abs. 3, 6):

Die Ausschüsse können Vertreter derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von

ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden und Sachverständige zu den Beratungen zuziehen.

Was fehlt, ist eine einfache und allgemein bekannte Regelung, die das berechnete Auftreten der Bürger und die souveräne Entscheidung des Ausschusses zusammenbringt. Wie kann das erreicht werden? Antwort: Voranmeldung der Bevölkerungsgruppe beim Ausschussvorsitzenden unter Benennung von Thema und Sprecher; Beschlussfassung des Ausschusses darüber vor Beginn der Sitzung.

Die SPD hat eine solche Regelung schon mehrfach ins Gespräch gebracht, ist aber bei der Mehrheitsfraktion auf taube Ohren gestoßen. Wovor fürchtet man sich? Endlose Debatten? Chaoten im Ausschuss? Alle genannten Beispiele haben gezeigt, dass die Diskussionsbeiträge der Bürgerinnen und Bürger zu guten Lösungen geführt haben.

Feinstaubmessungen - Station steht seit April

Steter Tropfen höhlt den Stein – Seine Volkswahrheit, die immer noch gilt. Vor Jahren hatte die SPD Feinstaubmessungen gefordert, um die Emissionen aus dem Tagebau und dessen Umfeld zu kontrollieren.

Was passiert? RWE Power, vormals Rheinbraun, stellte ein paar Messbehälter auf und auf Nachfrage fest, dass alles im grünen Bereich sei. Aber in 2006 wurde in unserer Region (in Niederzier und Gustorf) der Grenzwert (50 µg/m³) an weit mehr als den erlaubten 35 Tagen im Jahr erheblich überschritten. Es trat der vorgeschriebene Feinstaubaktionsplan in den Tagebauen Hambach und Garzweiler in Kraft, der die schlimmsten Ursachen eindämmen soll.

Die SPD wollte es genauer wissen und lud im Oktober 2006 Dr. Kapert vom Landesumweltamt NRW zu einem Informationsabend ein. Er machte damals deutlich, dass derzeit keine weiteren Messstationen

zur Verfügung stünden. Dies wurde auf Nachfrage der SPD durch die Gemeindeverwaltung bestätigt. Aber man ließ mit der Forderung nicht locker.

Seit April 2007 gibt es nun auch in Jüchen eine Messstation auf der Birkenstraße. Sie wird dort mindestens sechs Monate stehen. Sollten sich die Messwerte im Grenzbereich bewegen, soll die Messung sogar auf ein Jahr ausgedehnt werden. Für die Bürger der Gemeinde Jüchen bedeutet dies in Zukunft also ein Stück mehr Sicherheit.

Aktuelle Messwerte können eingesehen werden unter www.lanuv.nrw.de/luft und WDR-Videotext 178: Partikel PM 10, **1. Juni 07, Jüchen 24 µg/m³, G V - Gustorf 51 µg/m³.**



Bagger am Jüchener Markt?

Nein, es geht nicht um den Kreisverkehr, das ist schon Vergangenheit. Unser Dorf soll noch schöner werden. Die Jüchener „Scheune“ wird abgerissen, der Brunnen entfernt, der Markt umgestaltet.

Ziel dieser Gruppe ist die Umgestaltung des Platzes, so dass er von der Bevölkerung wieder angenommen wird. Er soll wieder als Mittelpunkt Jüchens und als Treffpunkt dienen. Das soll möglichst mit geringen Kosten und

eigenen Kräften der Gemeinde verwirklicht werden. Schon beim ersten Treffen wurden Vorschläge diskutiert, die durchaus realistisch und durchführbar sind.

Hier ein paar Beispiele:

- die Rasenfläche unter den Bäumen pflastern
 - die Bänke an dieser Stelle konzentriert platzieren
 - Parkplätze in der Mitte und am oberen Markt ändern bzw. versetzen
 - die Bepflanzung ändern bzw. ergänzen
 - den Bürgersteig auf der Geschäftsseite verbreitern
- Davon wurde inzwischen schon einiges im Planungsausschuss beschlossen. Ja, auch die Entfernung der „Scheune“ darf kein Tabuthema sein. Haben Sie weitere Anregungen? Es tut sich was und das ist gut so! Wir bleiben dran.

Eine schöne Sommer- und Urlaubszeit wünscht Ihnen allen

Ihr
Joachim Drossert
Stellv. Bürgermeister

Entwicklungsplan Verkehr 2020

Entlastung für Ortsdurchfahrten

Die seit langem geforderte und erwartete Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) von 1995 liegt nun endlich vor. Die bis 2005 erarbeiteten Prognosen der Verkehrsentwicklung zeigten seinerzeit einen Anstieg des gesamten Verkehrs in Jüchen um 23 Prozent an. Die Ortsdurchfahrten von Jüchen (B 59), Hackhausen (K 19) und Wey/Neuenhoven (L 116) boten bereits damals die größten Verkehrsprobleme in Wohngebieten der Gemeinde.

Vom großartigen Vorschlag zu ihrer Abhilfe wurde bis heute lediglich der Neubau der A 540 realisiert, was ohne die anderen Teilpläne – insbesondere ohne die Westumgehung Jüchens – zu einer Erhöhung der Belastungen geführt hat. Insofern ist der damalige „Prognose-Nullfall“ für 2005 – was geschieht, wenn nichts geschieht – erreicht worden: Die Analyse 2006 weist für Jüchen 11300 (gegenüber 12000 der Prognose), Hackhausen 6100 (6400) und Wey/Neuenhoven 4100 (3200) durchschnittliche Kfz-Bewegungen in 24 Stunden werktags aus. Damit wird insbesondere der leidige Streit der Bürgerinitiative Hackhausen mit der Kreisbehörde um die richtigen Zahlen des Verkehrs im Sinne der Bürgerinitiative entschieden. Schon 2005 hatte sie in ihrer Ortsdurchfahrt 5600 gezählt.

Die Prognose bis 2020 sagt eine weitere Steigerung insbesondere in Hackhausen (+28 Prozent) voraus. Der neue Verkehrsentwicklungsplan greift die alten Ideen auf und schlägt unter Nutzung der Grubenrandstraße eine abgeänderte Westumgehung L 31n mit Anbindung an die B 59 und zugleich an eine herabgestufte Autobahn A 44 vor. Die A 44 soll als L 19n bis Giesenkirchen weitergeführt werden. Der Anschluss der Grubenrandstraße an die A 540 wurde seinerzeit nicht realisiert und muss heute aufwendig nachgeholt werden. Zur Entlastung der Ortschaften Wey, Hoppers und Neuenhoven wird die Umgehung L 116n geplant.

Diese Maßnahmen sind unumgänglich und werden von der SPD nachdrücklich unterstützt. Sie werden die Ortsdurchfahrten von Jüchen und Hackhausen um 40 bis 50 Prozent entlasten. Die Realisierungschancen sind vielversprechend. Noch am zeitaufwändigsten könnten die notwendigen Abstimmungen mit dem Nachbarn Mönchengladbach über die Anbindung der A 44 an Giesenkirchen über die L 19n sein. Die Bauleitplanung der Gemeinde muss umgehend und parallel mit den weiteren Planungsabstimmungen angegangen werden, damit noch innerhalb der nächsten zehn Jahre die drängendsten Verkehrsprobleme gelöst werden können.

